



NEUDRUCK

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

61. Sitzung (öffentlich)

30. Oktober 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:05 Uhr bis 16:35 Uhr

Vorsitz: Heike Gebhard (SPD)

Protokoll: Carolin Rosendahl

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Gesetz zur Änderung des Präimplantationsdiagnostikgesetzes Nordrhein-Westfalen und des Gesetzes über den Öffentlichen Gesundheitsdienst des Landes Nordrhein-Westfalen** **5**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/6682

– Anhörung von Sachverständigen (s. *Anlage 1*)

- 2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020)** **12**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7200

Einzelplan 11
Vorlage 17/2325 (Erläuterungsband)

Antworten zu den Fragenkatalogen der Fraktionen

- Vorlage 17/2554 (Antworten zum Fragenkatalog der Fraktion der SPD)
Vorlage 17/2555 (Antworten zum Fragenkatalog der Fraktion BÜNDIS
90/DIE GRÜNEN)
Vorlage 17/2556 (Antworten zum Fragenkatalog der Fraktion der AfD)

– Wortbeiträge

3 Zweites Gesetz zur Änderung des Heilberufsgesetzes 19

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/5978

Ausschussprotokoll 17/707

– Auswertung der Anhörung (Anhörung am 04.09.2019)

– Wortbeiträge

**4 Unsere Kinder vor den Fehlern der Vergangenheit schützen – einen
neuen Conterganskandal verhindern! 20**

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/7537

– Verfahrensabsprache

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag der antragstellenden
Fraktion, die abschließende Beratung und Abstimmung in der
Ausschusssitzung am 11.12.2019 durchzuführen.

5 Versorgung psychisch kranker und gestörter Gefangener verbessern 21

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/7371

– Verfahrensabsprache

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, sich nachrichtlich an der vom
federführenden Ausschuss beschlossenen Anhörung zu
beteiligen.

- 6 Aktueller Sachstand zu Handfehlbildungen bei Neugeborenen** **22**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2518
Vorlage 17/2557
- Wortbeiträge
-
- 7 Ambulante Intensivpflege in NRW vor dem Hintergrund des Reha- und Intensivpflegestärkungsgesetzes** (Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]) **24**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2492
- Wortbeiträge
-
- 8 Lieferengpässe bei der Arzneimittelversorgung** (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN [s. Anlage 3]) **27**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2558
- Wortbeiträge
-
- 9 Bericht zum Gutachten „Krankenhauslandschaft Nordrhein-Westfalen“ und zur rechtssicheren Umsetzung** (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 4]) **29**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2560
Vorlage 17/2544
- Wortbeiträge

10 Versorgungsengpässe mit Medizinprodukten nach dem Geltungsbeginn der europäischen Medizinprodukteverordnung MDR am 26. Mai 2020 *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 5])* **30**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2559

– keine Wortbeiträge

11 Verschiedenes **31**

– keine Wortbeiträge

* * *

3 Zweites Gesetz zur Änderung des Heilberufsgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/5978

Ausschussprotokoll 17/707

– Auswertung der Anhörung (Anhörung am 04.09.2019)

(Überweisung nach der ersten Lesung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 22.05.2019)

Auch aufgrund des gegebenen Novellierungsbedarfs stoße der Gesetzentwurf bis auf zwei in der Anhörung kritisierte Aspekte grundsätzlich auf Verständnis in seiner Fraktion, leitet **Serdar Yüksel (SPD)** die Auswertung ein.

Bei den Kritikpunkten handele es sich erstens um die Löschungsfristen in § 58b und die in § 59 vorgesehene Verjährungsfrist von 5 Jahren. Darüber sollten angesichts länger zurückliegender Sachverhalte und entsprechender Ermittlungen Überlegungen angestellt werden.

Der zweite Kritikpunkt beziehe sich auf § 58e Rügerecht, Mahnungen und § 60 Berufsgerichtliche Maßnahmen. Die Experten hätten angeregt, dass Kammermitglieder Auflagen erteilt werden dürfen sollten, wenn sie beispielsweise die Teilnahme an Fortbildungsmaßnahmen, Kommunikationstrainings oder Ähnlichem ablehnten. Die jetzt vorgesehene Regelung, die unter anderem eine „Teilnahme an einer bestimmten Fortbildung zur Qualitätssicherung auf eigene Kosten“ vorsehe, hätten die Sachverständigen als nicht scharf genug angesehen.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) schließt sich den Aussagen seines Vorredners an und betont, wie deutlich diese Kritikpunkte in der Anhörung vorgetragen worden seien.

